Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1146. Der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenbüros. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 107. Halle, Donnerstag, den 4. März 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Die Besoldungsreform der Eisenbahnbeamten.

WTB. Berlin, 3. März. (Drahtnachricht.) Nach den nunmehr abgeschlossenen Beratungen der Beamtenbesoldungsreform im Schoße der Reichsregierung dürften die Eisenbahnbeamten eine erhebliche Verbesserung ihrer Bewertung in Aussicht nehmen. Der Gesetzentwurf sieht weitgehende Aufstiegsmöglichkeiten in einen Dienstzweigen vor, welche die richtige Einstufung der Eisenbahnbeamten der Länder sicherstellen. Außerdem soll den besonderen Verhältnissen im Bahnunterhaltungsdienst, Zugbegleitdienst, Weichendienst, Verschiebedienst, Stellwerkunterhaltungsdienst, Wagenunterhaltungsdienst und Lokomotivdienst dadurch Rechnung getragen werden, daß den Beamten in diesen Dienstzweigen durch das Besoldungsgesetz eine pensionsfähige Zulage zugesprochen wird, die sich für Gruppe 2 auf 300 Mark, in Gruppe 3 auf 400 Mark, in Gruppe 4 auf 530 Mark und in Gruppe 5 auf 600 Mark beläuft. Man wird annehmen dürfen, daß die Eisenbahnbeamten diesen Fortschritt zu würdigen wissen werden und daß die sich hieraus ergebende größere Dienstfreudigkeit die Leistungen im Interesse der Hebung der ganzen Volkswirtschaft wesentlich erhöht.

Lohnbewegung der Abgeordneten.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Sehr oft wird in beiden Berliner Parlamenten davon gesprochen, daß die preußische Landesversammlung in eine Lohnbewegung eingetreten sei, und daß die Nationalversammlung den Sympathiestreik beschlossen habe. Tatsächlich hat, wie wir hören, der Aeltestenausschuß der preußischen Landesversammlung die Frage der Erhöhung der Entschädigung für die Abgeordneten ernsthaft erwogen und beschlossen, mit dem Aeltestenausschuß der Nationalversammlung sich dahin ins Benehmen zu setzen, die Abgeordneten beider Parlamente erhalten heute eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1050 Mark. Das ist den Teg etwa über 39 Mark. Wenn man hört, daß die Abgeordneten heute in Berlin kein Quartier unter 15 Mark finden und daß jede Hauptmahlzeit 10 Mark kostet, so ist es sicher, daß mit den heutigen Diäten kein Abgeordneter mehr auskommen kann. Da jeder Abgeordnete während seines Aufenthaltes in Berlin seine berufliche Tätigkeit zuhause zurückstellen und auch nachmittags sein muß, so ist es begreiflich, daß eine Erhöhung beantragt wird. Diese würde allerdings nur für den Fall beschlossen werden, daß die Wahlen erst im Herbst stattfinden. Sollte man sich dagegen für Frühjahrswahlen entscheiden, so wird man eine Erhöhung der Bezüge nicht mehr vornehmen.

Wahlen im Herbst?

Die Stellung der Demokraten.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat die demokratische Fraktion der Nationalversammlung sich für die Herbstwahlen ausgesprochen. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich heute mit dem Thema beschäftigen. Die Mehrheit ist jedenfalls für die Herbstwahlen. Das Zentrum wird dem Beschlusse der übrigen Fraktionen beitreten.

Neue Milliardenkredite für die Senkung der Lebensmittel.

Berlin, 3. März. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir zum Plane der Senkung der Lebensmittelpreise auf dem Wege eines weiteren Milliardenkredites erfahren, liegt ein definitiver Beschluß hierüber noch nicht vor, da sich das Reichskabinett noch mit der Angelegenheit befassen muß. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß das Reichswirtschaftsministerium in diesem Falle die Initiative ergreifen hat aus dem Bestreben heraus, durch Reichshilfe bei der andauernden Steigerung der Produktionskosten die Endproduktion wenigstens der Lebensmittel auf einer erträglichen Höhe zu halten, daß nicht durch ihre Verteuerung auch die weitere Steigerung der allgemeinen Produktionskosten unmittelbar wieder einsetzt. Ob dieses letzte Ziel erreicht wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen abzuwarten. In der Presse findet der Plan bereits den ersten Widerstand. Die „Voss. Ztg." erwartet dadurch eine weitere Kapitalverschlechterung und bezeichnet den Plan als Verlängerung eines Systems leichtfertiger Schuldenwirtschaft ins Unabsehbare. Die „Post" verlangt, daß vor der Bewilligung neuer Milliardenkredite erst Rechenschaft über die Verwendung der früheren drei Milliarden erstattet werde. Sie weist darauf hin, daß die bisher ausgegebenen Summen nicht nur keine Senkung der Lebensmittelpreise gebracht hätten, sondern in Wirklichkeit alle Preise dann erheblich gestiegen sind. Unter Hinweis auf den Fall Sklarz meint das Blatt, das Firme etwas nicht, und es erwartet insbesondere von den Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie sich dieser noch reichlich dunkeln Angelegenheit im Interesse der Gesamtbevölkerung einmal energisch annehmen und die Regierung zu einer offenen und eingehenden Rechnungsablegung zwingen.

Ausdehnung des Berggesetzes.

Bochum, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Arbeitskammer für den Ruhrkohlenbezirk hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit sehr wichtigen bergrechtlichen Bergbaufragen zu befassen. Im Vordergrund der Beratungen stand eine vom preußischen Handels- und Gewerbeministerium zur gutachtlichen Aeußerung unterbreitete Denkschrift zur Aenderung des Berggesetzes. Es wird darin auf die Bestrebungen verwiesen, die dahin gehen, die Bergbaufreiheit vollständig zu beseitigen, also auch Braunkohle und Erze dem alleinigen Verfügungsrecht des Staates zu unterstellen. Gleichzeitig wird aber betont, daß sich gegen die Ausschaltung des privaten Unternehmergeistes bei der Ausbeutung und Gewinnung von Braunkohlen und Erzen starke Bedenken ergeben. Man müsse einen Mittelweg finden. In einer Aussprache der Arbeitskammermitglieder ergab sich nach der Bergarbeiterzeitung, daß sich die Werksbesitzer gegen die Erweiterung des Kreises der dem Verfügungsrecht des Grundeigentums entzogenen Mineralien erklärten. Die Bergarbeitervertreter erklärten dagegen in einer Entschließung die reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts und der gesamten Bergarbeiterverhältnisse als eine dringende Angelegenheit. Die volkswirtschaftlich wertvollen und abbauwürdigen Bodenschätze seien allmählich dem Verfügungsrecht des Reiches zu unterstellen. Bei der Abstimmung lehnten die Werksbesitzer die Entschließung ab, während die Bergarbeitervertreter und neun Angestelltenvertreter dafür stimmten.

Erzbergers Steuerangelegenheit.

Die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die in der Steuerangelegenheit Erzbergers eingeleitete Untersuchung wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, da sie in umfangreicher Weise durchgeführt wird. Die Ergebnisse der Untersuchung werden vom Reichsfinanzministerium öffentlich bekanntgegeben werden. Das Reichsfinanzministerium, das sich denn mit dem Resultat der Ermittlungen beschäftigen wird, dürfte auf Grund dieses Ergebnisses voraussichtlich sehr schnell seine Entschließung fassen.

Schwere Unruhen in Niederbayern.

„Die Lage ist kritisch."

WTB. München, 3. März. In den niederbayerischen Städten Straubing und Passau kam es zu schweren Unruhen, wobei es Tote und Verwundete gab. In Straubing stürmte der verhetzte Mob das Landgerichtsgefängnis und befreite zwei verhaftete Schwarzschlächter, die von einem Beamten der Landesfleischabwehrstelle in Haft genommen worden waren. Außerdem wurde ohne Erfolg nach dem Beamten der Landesfleischabwehrstelle gesucht. Die Unruhen in dieser Stadt setzten sich am Dienstag fort. Die Bürgerwehr und Reichswehr wurde aufgeboten. Es kam zu Kämpfen, wobei es auf seiten der Demonstranten zwei Tote, darunter den Redakteur der neugegründeten sozialdemokratischen „Neuen Tagespost", und mehrere Verwundete gab. Die Lage ist kritisch. Die Verhängung des Standrechts steht bevor. In Passau wurde eine Theatervorstellung für die freien Gewerkschaften, in der das Drama „Kurt Eisner" aufgeführt wurde, durch Reichswehrsoldaten und Studenten gesprengt. Es kam zu Schlägereien vor dem Gebäude zwischen Zivilisten und Reichswehrsoldaten, wobei einige Personen verletzt wurden. Die alarmierte Garnison räumte mit Schreckschüssen den Platz.

Landarbeiterstreik in Mecklenburg.

WTB. Mecklenburg, 3. März. Nach den Abendblättern wird in Mecklenburg auf ungefähr 100 Gütern gestreikt. Die Frühjahrsbestellung ist dadurch bisher nicht gefährdet worden. In Rostock finden heute Verhandlungen des Schlichtungsausschusses statt. Die Mecklenburgische Regierung ist entschlossen, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, falls von einer der beiden Seiten der Schiedsspruch nicht angenommen wird. Außerdem sind in den pommerschen Kreisen Demmin und Stralsund große Landarbeiterstreiks ausgebrochen.

Konflikt im Buchdruckergewerbe.

WTB. Berlin, 3. März. (Drahtnachricht.) Ueber einen drohenden Konflikt im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe wird uns mitgeteilt: Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat seit dem 27. Februar in Berlin getagt, um über die Forderungen der Gehilfenschaft auf weitere Teuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen sind nach stündiger Dauer ergebnislos vertagt. Auch der Versuch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen angerufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

Ergebnis der Besprechung der Ostfragen.

WTB. Berlin, 3. März. Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am 2. und 3. März längere Sitzungen ab, in denen u. a. die Ostfragen eingehender Besprechung unterzogen wurden. Als Ergebnis der Aussprache stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schluß folgendes fest: Der Ausschuß gelangt nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis: 1. der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen. 2. Die Absicht wirtschaftlicher und finanzieller Kreise, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr Förderung angedeihen lassen zu wollen und damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Das bolschewistische Vorrücken gegen Polen.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Das Vorrücken der Bolschewisten gegen Polen wird in Reichskreisen sehr ernst beurteilt. Trotz der bolschewistischen Friedensangebote glaubt man nach unseren Informationen die Absicht Sowjetrußlands nicht gering einschätzen zu dürfen. Jedenfalls scheint die Bolschewisten keine Neigung zu verspüren, auf die von ihnen beanspruchten polnischen Gebietsteile zu verzichten.

Keine Sommerzeit.

WTB. Berlin, 3. März. Die Einführung der Sommerzeit kommt, wie die „Voss. Ztg." erfährt, auch für 1920 nicht in Frage, nachdem die Nationalversammlung im vorigen Jahre den betreffenden Gesetzentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

Die Reform der Sittenpolizei.

Von Dr. med. Struve-Kiel, Mitglied d. Landesversf.

Die Berichterstattung über den vom Bevölkerungsausschuß vorberatenen und kürzlich von der Vollversammlung angenommenen Antrag zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung des Prostitutionswesens durch das Reich entspricht so wenig den wirklichen Vorgängen im Parlament, daß eine Klarstellung dringend am Platze ist.

Es ist ein bedauerliches Zeichen der Verwilderung des politischen Kampfes, daß fast die gesamte rechtsstehende Presse sogar bei dieser Angelegenheit, die doch abseits von den aktuellen Parteifragen steht, die „verhaßte" demokratische Partei dadurch zu treffen meint, daß sie ihre Mitwirkung bei den Beratungen und ihre Redner zu diesem Gegenstande überhaupt nicht erwähnt.

Aber auch der „Vorwärts", der in einem besonderen Leitartikel zur Aufhebung der Reglementierung Stellung nimmt, befindet sich sehr im Irrtum, wenn er schreibt: „Die Revolution hat endlich auch diesen Rechtslosesten der Rechtlosen eine Befreiung von ihrem Sklavenlos gebracht. Die von den Reaktionären rieglesterte Revolution hat nicht nur mehr als 100 000 geknechteten und gedemütigten Wesen ihre Menschenrechte zurückgegeben, sondern auch dem Volke den wirklichen Weg zur körperlichen Wiedergesundung erschlossen." Die Tatsachen liegen ganz anders. Das Vorgehen der Landesversammlung ist erst durch einen Antrag ermöglicht worden, den ich mit Unterstützung meiner politischen Freunde am 12. April 1919 stellen konnte,

„die Staatsregierung zu ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ueberwachung der Prostitution grundsätzlich umgestaltet wird. Ordnungs- und anstandspolizeiliche Ausnahmebestimmungen sind zu beseitigen. Die bisherige Sittenpolizei ist unter völliger Loslösung von der Kriminalpolizei in ein ausschließlich gesundheitlichen und pflegerischen Zwecken dienendes Amt umzuwandeln."

Die demokratische Fraktion ist also vorangegangen; sie hat sich gestützt auf die Vorarbeiten der deutschen Volksvertretung in den Jahren 1916/18, die auch von fortschrittlichen Abgeordneten entscheidend beeinflußt worden sind. Und noch im alten Reichstag haben wir den §5 der Regierungsvorlage gestrichen:

„Weibliche Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, können einer gesundheitlichen Beobachtung unterworfen und zwangsweise . . ."

Also schon in einem „sehr reaktionären" Parlament, in dem nebenbei bemerkt, nicht einmal Frauen, sondern nur Männer sich befanden, hat sich eine Mehrheit gefunden, die das viel umstrittene Ausnahmegesetz der Reglementierung zu Fall gebracht hat.

Weiter ist es unrichtig, wenn jetzt ein großer Teil der Presse die Nachricht bringt, ein Teil der Demokraten oder ich — ich war wieder, wie seit 1916/18 Berichterstatter für diesen Gesetzeskomplex — sei für die Anzeigepflicht eingetreten. Sämtliche Demokraten haben sich im Ausschuß gegen die Anzeigepflicht erklärt, die Fraktion hat geschlossen den gleichen Standpunkt eingenommen. Sie hatte in Kollegen Dr. Berndt-Stettin noch einen besonderen Redner, der nicht an den Ausschußberatungen teilgenommen hatte, vorgesehen, um ihre Haltung gegen die Anzeigepflicht noch besonders festzulegen.

Nur die Sozialdemokraten — und die Mehrheitssozialisten nur dem ja schon historisch gewordenen Zwange eines Antrages der Unabhängigen folgend — sind für eine allgemeine Anzeigepflicht mit Namensnennung eingetreten, alle anderen Parteien geschlossen dagegen. Für die angenommene namenlose Anzeigepflicht haben sich neben den Sozialdemokraten nur die Deutschnationalen erklärt, die noch im Unterausschuß ihre Gegnerschaft gegen jede Anzeigepflicht entschieden bekundet hatten, ebenso wie die alte konservative Partei bei den gründlichen Beratungen in den Jahren 1916/18 stets eine Gegnerin der Anzeigepflicht gewesen ist.

Das Zentrum hat, ebenso wie die Deutsche Volkspartei, durch ihre Fraktionsredner erkennen lassen, daß es unbedingt die Anzeigepflicht in jeder Form ablehnt. Die Parteien haben auch dementsprechend gestimmt.

Seit längeren Jahren weiß ich, daß man bei der Anzeigepflicht immer wieder die gleichen Erfahrungen macht: zunächst begeistert sich jedermann dafür, jede Korporation, jeder Verein, jeder Ausschuß, fast jedes Parlament; erst allmählich sieht man, daß die Anzeigepflicht nicht das hält, was sie verspricht, daß die Anzeige ein Schlag ins Wasser bleibt, und daß die Pflicht die öffentliche Gesundheit schwer gefährden muß, weil sie die Ersterkrankten von der sofortigen Aufsuchung des Arztes abhält.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200304011/fragment/page=0001

Ich zweifle daher keinen Augenblick, daß die Reichsregierung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen wird, in dem die allgemeine Anzeigepflicht nicht enthalten ist.

Das wirtschaftliche Manifest Frankreichs

WTB. Paris, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Sonderberichterstatter des Echo de Paris in London, Perlinax, berichtet in einem Telegramm von heute Nacht, das wirtschaftliche Manifest, das die Blätter veröffentlichen würden, werde in seinem Wortlaut im Laufe des heutigen Nachmittags fertiggestellt. In dem Manifest wird die Notwendigkeit betont, Deutschlands und Rußlands wirtschaftliche Wiederherstellung sicherzustellen, indem man ihnen Rohstoffe liefert. Frankreich betont, daß es nicht an der Seite eines Deutschland leben könne, welches von Anarchie und Elend beherrscht werde, und daß es nur entschädigt werden könne durch die deutsche Arbeit. Aber Frankreich habe das Recht zu verlangen, daß seine begründeten Forderungen aufrecht erhalten werden, und wenn man den Wunsch äußere, das besiegte Deutschland wieder emporzubringen, dann wäre Frankreich berechtigt zu verlangen, daß man die versprochene Wiedergutmachung sicherstelle. Perlinax meint, im rapidlichen Europa von 1920 dürfte das wirtschaftliche Manifest nicht einer Kapitulation vor dem Germanismus gleichkommen.**

Die Ententehoheit im Westen.

WTB Koblenz, 3. März. Nach einer Mitteilung an den Reichskommissar beschloß die interalliierte Rheinlandkommission, den die Reichsvermögensverwaltung betreffenden Abschnitt 3 der Verordnung vom 17. Okt. 1919, welcher lautet: „In besetzten Gebiet tritt an Stelle der unter 2 bezeichneten Abteilungen der Landesfinanzämter die Reichsvermögensverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet in Koblenz mit den ihr unterstellten Zweigstellen und örtlichen Behörden" bis auf weitere Entschließung einstweilen außer Kraft zu setzen. Zur Behebung von Zweifeln wird nochmals darauf hingewiesen, daß die interalliierte Rheinlandkommission auf Antrag des Reichskommissars ihre Zustimmung zur Durchführung einer Verordnung über Sondergerichte gegen den Schleichhandel und die Preistreiberei gegeben hat.

Attentat gegen Ungarns Diktator.

Kriegsminister Friedrich blieb unverletzt.

WTB. Budapest, 3. März. Auf der Elisabethbrücke feuerte gestern abend ein gut gekleideter junger Mann gegen den Kriegsminister Friedrich, als dieser die Brücke im Automobil passierte, einen Revolverschuß ab. Die Kugel verfehlte das Ziel. Der Täter entkam im Dunkel der Nacht.

Deutsche Nationalversammlung.

Stimmungsbild.

Berlin, 3. März. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Tagesordnung der heutigen Nationalversammlung standen zunächst zwei Anträge der Unabhängigen, die die Aufhebung des Belagerungszustandes im Reichsgebiet, besonders im westlichen Industriegebiet in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden fordern. Begründet wurde der Antrag rom Abg. Cohn, der erklärte, die Verordnung des Reichspräsidenten über den Belagerungszustand und die Zeitungsverbote zeigten, daß sich wenigstens in Preußen-Deutschland seit der Revolution nichts geändert habe. Nach einer kurzen Rede des Reichsjustizministers Schiffer, der die verfassungsmäßige Berechtigung der Verordnungen erwies, nahm der Reichswehrminister das Wort zu einer Schilderung der Umstände, die zur Verhängung des Belagerungszustandes geführt hätten. Er begründete die Unumgänglichkeit der Maßregel aus der Verhetzung der Arbeitermassen in den Januartagen, wo große Streiks der Bergleute und Eisenbahner drohten. Die Regierung hätte da nicht verschränkten Armes zusehen können. Auch die lügenhafte Ausnutzung der blutigen Januarereignisse vor dem Reichstage durch die Presse der Unabhängigen habe sie nicht dulden können, und sie habe aus diesen Gründen zu den Zeitungsverboten schreiten müssen, wie sie auch künftig gegen nichtsnutzige Demagogie und schamlose Verhetzung rücksichtslos vorgehen werde. Die große Mehrheit des Hauses folgte dieser Auffassung und der Regierungserklärung, den Belagerungszustand im Interesse der Ordnung und Sicherheit nicht zuletzt der ungestörten Kohlenförderung wegen einstweilen bestehen zu lassen, mit lebhaftem Beifall. In kurzen Erklärungen der Abgg. Loebe (Soz.), Dr. Spahn (Ztr.) und Dr. Petersen (Dem.) traten die Koalitionsparteien den Anträgen der Unabhängigen entgegen, die in der Abstimmung alle anderen Parteien gegen sich hatten. Das Schlußwort des Abg. Henke (U. S.), der Noske einen sozialdemokratischen Wilhelm II. nannte, hatte dieses Ergebnis nicht ändern können. Dieser mehrstündigen Debatte folgte die zweite Lesung des Kapitalertragssteuergesetzes. Die Berichterstattung hierzu gab Dr. Braun-Franken (Soz.) Die Vorlage wurde mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, worauf sich das Haus auf Donnerstag vertagte.

*

Berlin, 3. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Zur Beratung steht zunächst der Antrag Frau Agnes und Genossen (U. S.) betreffend Außerkraftsetzung einer für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten in Verbindung mit dem Antrage derselben Partei betreffend

Außerkraftsetzung einer weiteren Verordnung des Reichspräsidenten für das Reichsgebiet.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) begründet die Anträge. Die Verordnungen, die u. a. die Zuchthausstrafe für Brandstiftung, Beschädigung von Eisenbahnen usw. in Todesstrafe umwandeln, sind der Nationalversammlung erst vor acht Tagen zugegangen. Sie sind zurückzuführen auf Gesetze gegen die Unabhängigen im Anschluß an die Vorgänge am Reichstag. Sie richteten sich zuerst nur gegen die Industriebezirke, dann aber gegen das Reich mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden. Die Mainlinie wird also von neuem gezogen. Die Maßnahmen richten sich gegen die unabhängige Partei und arbeiten mit den alten, auf das schärfste angewandten Mitteln, wie dem Zeitungsverbot, der Aufhebung der Versammlungsfreiheit. Vom Standpunkt der Regierung dürfte eigentlich nur ein Verbot erfolgen, nämlich ein solches gegen den Minister Noske, der die ausländische und inländische Politik für einen Porzellanladen anzusehen scheint, auf dem er mit Interviews mit In- und Ausländern loslaufen darf. Die Vorbereitungszeit für die Betriebsratswahlen wird benutzt, um die unbequemen Personen von der Opposition festzusetzen. Bei der Beratung der Verfassung ist es niemand eingefallen, mit dem Artikel 48 dem Reichspräsidenten oder gar dem Reichswehrminister das Recht einzuräumen, in einem Bezirk des Reiches, wie in Düsseldorf, besondere Gerichte einzusetzen, die nur auf Todesstrafe erkennen dürfen. Die heutige Regierung mißbraucht ihre Machtmittel genau so wie die alte.

Reichsjustizminister Schiffer:

Die Ausführungen des Vorredners widersprechen dem Geiste des Artikels 48 der Reichsverfassung. Es ist in dem Artikel sogar genau vorgesehen, welche Vorgrafen der Reichsverfassung durch Verordnung außer Kraft gesetzt werden können. In einer demokratischen Regierungsform besteht gar kein Bedenken,

der Regierung unbeschränkte Machtbefugnisse

zu geben, denn es besteht kein Gegensatz zwischen Parlament und Regierung. Die demokratische Regierung muß stark sein. Sie darf unter Verantwortung vor dem Parlament alle Mittel anwenden, um die Ordnung zu wahren.

Reichsminister Noske:

Die wilden Eisenbahnerstreiks, die Vorgänge vor dem Reichstag zwangen die Regierung zu energischen Maßnahmen. Die Verordnung richtet sich gegen bewaffnete Banden, nicht gegen lohnstreikende Bevölkerung. Die Todesstrafe, von der so viel die Rede ist, ist von der Bestätigung des Reichspräsidenten abhängig. Bedroht wird lediglich, wer an einem Aufruhr teilnimmt. Wir haben mit der Anwendung schärfster Mittel bis zum Aeußersten gewartet. Wir sind gemacht von der Verordnung ist lediglich der erste Teil, der die außerordentlichen Gerichte betrifft. Es ist

nur Verhetzung der Bergleute,

wenn behauptet wird, Streikende seien wegen ihres Streikens vor diese Gerichte gebracht worden. Ein Kriegsurteil ist nicht gefällt worden. Als die Unabhängigen im Kohlengebiet die Herrschaft hatten, war es schlimmer als unter dem Belagerungszustand. Der Belagerungszustand im Industriegebiet bleibt bestehen, solange dort Gewalt und Terror einer Minderheit abgewehrt werden müssen. Der

furchtbare Ernst der Lage unseres Landes

gestattet nicht, auf schnelle Anwendung ernster Mittel zu verzichten. Alle, die über Gewalt schreien, mögen selbst auf die Gewalt verzichten. (Beifall.)

Abg. Läbe (Soz.): Wir stimmen gegen den Antrag.

Abg Dr. Petersen (Dem.): Wir erachten diese Verordnungen rechtlich für gültig und politisch für geboten. Die Demokratie kann ebensowenig der Machtmittel entbehren wie jede andere Staatsform. Es gibt keine Staatsform, wo diese Machtmittel so unbedenklich sind wie in der Demokratie, weil diese auf der Gleichberechtigung aller Staatsbürger beruht. Die Machtmittel des Obrigkeitsstaates würden in erhöhtem Maße geboten sein in dem Staate der Räteregierung, der auf der Minderheit der Bevölkerung beruhen würde. (Heiterkeit) Wenn der Abg. Cohn behauptet, daß seine Partei im Gegensatz zur jetzigen Regierung gegen die Gewalt sei, so hat die Nationalversammlung zu wenig Zeit, um diese Auffassung ausführlich von der Tribüne aus zu widerlegen. (Beifall.)

Abg. Henke (U. S): Minister Schiffer hat mit aller Deutlichkeit gesagt, welche Gefahr in einer so kolossalen Vollmacht des Reichspräsidenten liegt. Noske und seinesgleichen üben eine Diktatur der Minderheit aus.

Die Anträge werden abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes eines

Kapitalertragssteuergesetzes.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) als Berichterstatter bespricht eine Reihe von Petitionen von Wohltätigkeits- und wissenschaftlichen Anstalten. Es sei dem Ausschuß sehr schwer geworden, diesen Wünschen sowie denen der kleinen Sparer und Rentner Rechnung zu tragen, da das Gesetz eigentlich keine Differenzierung erträgt. Aber durch die Einführung der Rückerstattung habe man diesen sozialen Forderungen einigermaßen entsprochen.

Zu § 3: Befreiung von der Steuer begründen die Abgg. Dr. Dernburg (Dem.), Dr. Blunck (Dem.) und Hermann-Württemberg (Dem.) eine Reihe von Anträgen.

Abg. Gruber (Ztr.) wünscht eine besondere Berücksichtigung der freien Berufe, zumal der Journalisten und der Schriftsteller.

Unterstaatssekretär Moesle mahnt zur Vorsicht bei weiteren Befreiungen von der Steuer.

Abg. Dr. Rießer (D. Vp.): Eine besondere Berücksichtigung der freien Berufe wäre zu erwägen, wenn eine angemessene juristische Form dafür gefunden werden könnte.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wird § 3 in der Ausschußfassung angenommen, mit einigen Abänderungsanträgen der Demokraten, darunter demjenigen, daß bei den auf Grund des Reichsstempelgesetzes angemeldeten Betrieben nur der Ueberschuß der Einsennahmen über die Ausausgaben im laufenden Rechnungsverkehr der Steuer unterliegt, ebenso demjenigen, daß die Kirche und religiöse Gemeinschaften vom Gesetz ausgenommen werden.

Paragraph 7 wird auf Antrag Blunck (Dem.) in der folgenden Fassung angenommen: „Steuerträger ist der Gläubiger. Die Ueberwälzung der Steuer ist verboten."

Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Morgen 1 Uhr: Landessteuer und Gesetzentwurf betreffend Kriegsverbrechen

Schluß 6 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 3. März. 129. Sitzung. 12 Uhr mittags.

Ein Ausschußantrag auf Erklärung der Unverletzlichkeit des Landesversammlungshauses wird angenommen

Zur Beratung steht der Antrag Hammer (Dn.) auf

Vertretung des Handwerks und des Einzelhandels im Reichswirtschaftsrat.

Abg. Hammer (Dn.): Wir beantragen, die Regierung möge dahin wirken, daß das Handwerk mindestens 30 und der Einzelhandel zehn Vertreter erhalte.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die förmliche Anfrage Jansen (Dem.) über den

Solinger Generalstreik.

Abg Jansen (Dem.) begründet die Anfrage. Er fragt, was die Regierung tun werde, um die dortige rechtsmidrige Verwendung der öffentlichen Mittel (Einrichtung von Volksküchen) für die Ausständigen zu verhindern. Es steht außer Frage, daß es sich um einen wilden Streik handelt.

Unterstaatssekretär Göhre: Die Staatsregierung mißbilligt dieses Treiben als einen Mißbrauch öffentlicher Mittel. Sie hat den Staatskommissar Severing angewiesen, einen Ausschuß herbeiführen, und gegebenenfalls mit Machtmitteln einzugreifen.

Abg Wellert (U. S.): Der Tätigkeit Severings stehen wir mit Ruhe entgegen. Solange die englische Besatzungsbehörde da ist, kann er nicht als Noske auftreten. (Große Unruhe.) Die englische Behörde ist in den wirtschaftlichen Kämpfen objektiv. (Erneute Unruhe.)

Abg. Linz (Dn.): Zu einem politischen Streik versuchen ja die Unabhängigen jeden Streik zu machen. Man soll den Arbeitern bis an die Grenze des Möglichen behilflich der Tarifforderungen entgegenkommen, aber nicht darüber hinaus

Abg Dr. Moldenhauer (D. Vpt.): Es ist bezeichnend, daß Herr Wellert sich

lieber den Engländern beugt als dem preußischen Staatskommissar.

Abg. Mell (Soz.): Wenn die Arbeiter das Plus und Minus dieser Streikbewegung zusammenhalten, dann wird auch ihnen bald die Ernüchterung kommen.

Die Besprechung schließt.

Es folgt die förmliche Anfrage des Abg. Dr. Lauscher (Zentr.) über die

Grenzregelung im Kreise Monschau.

Abg. Dr. Lauscher: Mit den Kreisen Eupen und Malmedy ist ein erheblicher Teil der Mainlinie Aachen—St. Vith an Belgien gefallen. Jetzt beabsichtigt die belgische Regierung, auch die dem Kreise Monschau zugehörige Strecke dieser Bahnlinie in ihren Besitz zu nehmen. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Unterstaatssekretär Göhre: In den Artikeln 27 und 35 des Friedensvertrags ist festgesetzt, daß Belgien äußerstenfalls die Kreise Eupen und Malmedy einverleibt werden können. Es fehlt also für das Vorgehen der Grenzkommission an jeder Grundlage. Wenn der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission mit seinem Widerspruch nicht durchdringen sollte, dann wird die Regierung bei den gegnerischen Regierungen vorstellig werden.

Die Abgg. Dr. Reinhardt (Dn.), Dr. Gottschalk (Dem.) und Moldenhauer (D. Vpt.) schließen sich den Ausführungen des Antragstellers an.

Es folgt die Beratung von Anträgen zur Beseitigung des Mangels an Zeitungspapier.

Abg. Dr. Pade (Dem.) empfiehlt einen Antrag Friedberg, den Papierfabriken ausreichendes Papierholz zur Verfügung zu stellen.

Abg. Lüdemann (Soz.) empfiehlt einen Antrag auf Unterstützung der Reichsregierung in der Bekämpfung des Holzwuchers und in der Sicherstellung der Papier- und Drucksachenbelieferung des Volkes.

Der Antrag Lüdemann wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag Dr. Reinecke (Ztr.) auf Erhöhung der Notariatsgebühren wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Dr. Ritter (Dn.) auf Fahrpreisermäßigung für die Jugend.

Die Beratung wird abgebrochen.

Donnerstag 1 Uhr Fortsetzung.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Bayerns Staatsvertrag mit Koblenz.

WTB München, 3 März. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags hat heute den Staatsvertrag mit Koburg einstimmig angenommen.

Ausland.

Die Vorgänge in Anatolien.

WTB. Konstantinopel, 3. März. Infolge des energischen Vorgehens der Ententevertreter bei der Pforte hat der Minister des Innern an die Provinzialbehörden Anatoliens ein Rundschreiben gerichtet, in dem er ihnen empfiehlt, jeden Zwischenfall, der Klagen hervorrufen könnte, zu vermeiden. Man glaubt allgemein, daß dieses Rundschreiben dem Unwesen der Banden, die auf Befehl ihrer nationalistischen Führer täglich Leute einziehen, Kriegskontributionen erheben und militärische Maßnahmen ergreifen, die mit den Bestimmungen des Waffenstillstandes im Widerspruch stehen, Einhalt tun werden.

Halle und Umgegend.

Halle den 4. März 1920.

Die neue Wassergasanlage im städtischen Gaswerk

ist vor etwa 14 Tagen in Betrieb genommen worden und hat bisher die in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt. Nicht allein, daß inzwischen eine wesentliche Ausdehnung der Gasabgabezeit vorgenommen, die öffentliche Beleuchtung wieder in Betrieb gesetzt und schließlich das Verbahren der völligen Sperrung während der Sperrzeiten aufgegeben werden konnte, hat das Gas jetzt einen um ca. 10 Prozent erhöhten Heizwert und gewisse andere Vorzüge, die sich durch einen etwas vermehrten Gasverbrauch bemerkbar machen werden. Um mit dem fertigen Gas die günstigste Wirkung zu erzielen, werden zumeist die Brenner etwas anders einreguliert werden müssen, und zwar auf geringeren Gas- bezw. höheren Luftverbrauch. Man schließe also bei den Beleuchtungsbrennern die Gaszufuhr etwas durch Drehen der Gasregulierschraube nach rechts bezw. öffne die Luftzufuhr etwas durch Verschieben des Luftregulierschiebers nach rechts. Ueber die Wirksamkeit dieser an jeder Gasglühlichtlampe notwendigen Bestandteile muß man sich übrigens völlig klar

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200304011/fragment/page=0002

werden, wenn man an seiner Gasbeleuchtung Freude haben will. Auch die Petroleumlampe brennt nur dann gut, wenn sie sorgfältig behandelt wird! Bei den Kochbrennern muß der Luftschieber etwas geöffnet werden.

Die hier und da geäußerten Bedenken wegen der infolge höheren Kohlenoxydgehaltes gesteigerten Giftigkeit des Gases sollten die Gasverbraucher nicht beun ruhigen. Das Leuchtgas hat seinen intensiven Geruch, der auch die kleinsten Undichtigkeiten schnell erkennen läßt, nicht eingebüßt. Gasentweichungen, die irgendwie bedenklich sein könnten, machen sich deshalb stets durch den Geruch rechtzeitig bemerkbar, so daß Gefahren abgewendet werden können.

Die Gasverbraucher haben in so ausgezeichneter Weise gelernt, den durch die täglichen Sperrungen der Gaszufuhr geschaffenen Gefahren wirksam zu begegnen, daß irgendwelche ernsteren Unfälle aus Anlaß von Gasausströmungen bisher nicht bekannt geworden sind. Da ich den Umstand, daß das Gas jetzt etwas mehr Kohlenoxyd enthält als früher, sollte sich deshalb niemand hindern lassen, das Gas — natürlich unter Beobachtung der bei Gebrauch von Gas immer erforderlichen Vorsicht — in dem Umfange zu benutzen, in dem es möglich ist.

Eisenbahn und technische Nothilfe.

In der unabhängigen sozialdemokratischen Presse sind Artikel des Inhalts erschienen, daß bei einem Generalstreik der Eisenbahner die militärischen Behörden beabsichtigen, die Eisenbahnkassen zu beschlagnahmen und die durch den Ausfall der Löhne der streikenden Arbeiter ersparten großen Beträge der technischen Nothilfe zu überweisen. Die tatsächliche Nothilfe habe diese Summe restlos zur Verteilung von Remunerationen an die Beamten und sonstigen Helfer zu verwenden, die sich ihr zur Verfügung stellen, wenn es gelinge, mit diesen Kräften den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Eisenbahndirektionen sollten berichten, ob von einer solchen Maßnahme ein nachhaltiger Erfolg zu erwarten sei.

Diese Mitteilungen sind unzutreffend. Amtlich wird festgestellt, daß ein solcher Erlaß des Reichswehrministers nicht ergangen ist. In der ganzen Preßnotiz ist nur das eine richtig, daß die technische Nothilfe schon verschiedentlich in der Lage gewesen ist, ihren Helfern ganz erhebliche Vergütungen zur Verfügung zu stellen, die mitunter die in Aussicht gestellten Vergütungen um 100 Prozent und mehr überstiegen haben.

Das Februarheft des Jahrganges 1920 der Mitteilungen der Handelskammer zu Halle ist soeben erschienen. Es bringt Mitteilungen über das Ergebnis der Handelskammerwahlen, politische Bestimmungen, Steuerfragen, Nachrichten über Auslandsfragen und den Außenhandel sowie sonstige für Handel und Industrie wissenswerte Nachrichten. Die Zusammenstellung der im Handelskammerbezirk abgeschlossenen Tarifverträge für kaufmännische und technische Angestellte sowie der erangangenen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen ist weiter fortgesetzt. Die Mitteilungen der Handelskammer werden allen wirtschaftlichen Kreisen, welche der Handelskammer einen entsprechenden Wunsch kundgeben, unentgeltlich verabfolgt. Vom 1. April ab soll eine Bezugsgebühr erhoben werden. Auf die dem Heft beigefügte Anlage betr. Bezug der Mitteilungen wird besonders hingewiesen.

Die aus englischer Gefangenschaft heimgekehrten Zivilkriegsgefangenen, besonders diejenigen, die sich in den Zivilkriegsgefangenenlagern Knockaloe (Isle of Man), Dorchester, Alexander, Palace London, Wakefield usw. befanden, werden zu einer Zusammenkunft für Donnerstag, abends 8 Uhr, nach dem Hallischen Kriegsgefangenenheimkehrheim im Personenbahnhofe, hier, Eingang von der Thiesenstraße aus, durch Herr Fittel, hier, eingeladen. Herr James T. Bains von der Gesellschaft der Freunde in London, der unseren Zivilkriegsgefangenen in England während der Kriegsjahre in großzügiger Weise vielfach behilflich gewesen ist, wird als Gast anwesend sein und wird sich freuen, frühere Bekanntschaften auffrischen zu können.

Reichsnotopfer- und kleine Rentner und Kapitalrentner. Welche Vergünstigungen gewährt das Gesetz den Kleinrentnern? Welche Mißgunstgen bringt es den kinderreichen Familien und älteren Personen? Auskunft in diesen Fragen erteilt die Rechtsschutzstelle für Frauen, Gr. Ulrichstr. 52, II. Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 5—7 Uhr.

Die Beschränkungen für den Druckschrift- und Zeitungsverkehr mit der französischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind weggefallen so daß sich dieser Verkehr einschließlich des Postbezugs von Zeitungen usw. von jetzt an wieder nach den allgemeinen Vorschriften richtet. Die von den Besatzungsbehörden erlassenen besonderen Verbote von Zeitungen und sonstigen Druckerzeugnissen werden hiervon nicht berührt.

Mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe sind ausgezeichnet worden die Lehrer Eduard Haberkorn und Bruno Kirchhof an der Knabenmittel- bezw. Vorschule der Francke'schen Stiftungen und die Lehrerin Frau Gertrud Stein, ebendselbst.

Am Oberlyzeum der Francke'schen Stiftungen fanden vom 24. bis 26. Februar die Lehramts- und Reifeprüfung statt, beide unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Wagner aus Magdeburg. Der ersteren unterzogen sich 29 Schülerinnen, von denen den folgenden das Lehramtszeugnis zuerkannt wurde: Elise Barluska, Halle; Dorothea Bodenstein, Radewell; Margarete Bubbe, Halle; Katharina Enke, Schönebeck; Käthe Friedrich, Halle; Gertrud Hahndorf, Halle; Charlotte Hartwig, Zörbig; Charlotte Helmets, Elsterwerda; Marie Hentze, Halle; Charlotte Hirsch, Halle; Ilse Keßel, Halle; Hanna Klaus, Halle; Hedwig Kohse, Merseburg; Felicitas Lorn, Zeitz; Gertrud Pedermann, Ammendorf; Charlotte Lemm, Stöbnitz; Margarete Pibus, Merseburg; Elise Neubols, Halle; Friederike Obermann, Halle; Annemarie Petzold, Halle; Marthe Polle, Halle; Anna-Luise Rahn, Halle; Margarete Rösling, Halle; Paula Röthe, Eilenburg; Frida Stone, Halle; Hanna Schümmeister, Halle; Charlotte Neigt, Eisleben. In die Reifeprüfung gingen 28 Schülerinnen hinein; die folgenden erhielten das Reifezeugnis: Johanne Albrecht, Halle; Maria Bodenstein, Radewell; Charlotte Bommel, Halle; Käthe Elste, Thalberg; Gerda Gerlerberg, Halle; Lydia Gleik, Delitzsch; Anna Gäll, Halle; Frieda Hansjürgens, Delitzsch; Elise Kämpfe, Zeitz; Eva Kleeberg, Niemegk; Elfriede Klemann, Osmünde; Charlotte Meie, Bitterfeld; Helene Mollenhauer, Halle; Annemarie Münsing, Bitterfeld; Johanna Scherff, Elsterwerda; Elsbeth Schmidt, Halle; Jenny Schubert, Halberstadt; Martha Sommer, Halle; Ella Stone, Halle; Marie Troitsch, Halle; Erna Voigt, Halle; Klara Vondran, Halle. Die gesperrt gedruckten sind von der mündlichen Prüfung befreit gewesen.

Die Not der Waisenanstalt der Francke'schen Stiftungen ist groß. Durch ein Wohltätigkeits-Turnen der Frauen- und Mädchen-Abteilungen des Hallschen Turn- und Sportvereins e.V. am Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr in der Turnhalle des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße, soll mitgeholfen werden, diese Bedrängnis zu mildern. Das Turnen findet unter der Leitung der Turnlehrerin des Vereins, Frl. Wegener, statt und ist damit ein gelungener Abend verbürgt. Bei dem edlen Zwecke der Veranstaltung ist ein reger Besuch dringend zu befürworten. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. und 50 Pfg. sind in der Buchhandlung des Waisenhauses und in der Turnhalle erhältlich.

Der Verein „Hallesche Volksliedertafel" beging sein 73. Stiftungsfest. Dazu wird uns von beteiligter Seite mitgeteilt: Schon die treffliche Auswahl der Chorgesänge legte Zeugnis ab für den guten musikalischen Geschmack des Dirigenten. Wertvolle Werke von Poddertzin, Clarus, Decker, Richter und Bache waren vertreten. Ganz besonders hat es gefallen, daß auch Tondichtungen unseres volkstümlichen Komponisten Franz Abt, der vor 100 Jahren in unserer Nachbarstadt Eilenburg das Licht der Welt erblickte, zu Gehör gebracht wurden. In dem trefflichen Chorwerke „Die Zwerge im Hühchenstein" lernten wir eine Perle für gemischten Chor kennen. Herr Lehrer Hubert war aber seinem Chore auch ein trefflicher Führer, der die Werke ganz im Sinne ihrer Schöpfer zur Aufführung brachte. Er hat seine Sänger und Sängerinnen in eine kraftvolle, rhythmische Schule genommen, Willig und aufmerksam folgte die Sängerschar seinem Stabe und so wurden die oft nicht leichten Einsätze und rhythmischen Schwierigkeiten spielend überwunden. Auch in dynamischer Hinsicht kann man nur lobende Anerkennung aussprechen. Die Schattierungen waren gut verteilt, die Uebergänge aus einem in den andern Stärkegrad gelangen trefflich. Aber auch die beiden Chöre, der gemischte als der Männerchor, wie die beiden da aus zusammengestellten Doppelquartette „Klopfen" schön. Frau Anni Engel sang mit frischer, klarer Stimme, guter Atemtechnik und wohldurchdachtem Vortrag Lieder von Brahms, Grieg, Reinecke und erörterte die Partie der „Hilde" in dem großen Chorwerke trefflich. Ebenso Frau Wege hat in diesem Werke Anerkennenswertes geleistet und sich in der Darstellung der Mezzosopranpartie reichlich verdient gemacht. Frl. Koch brachte die verbindende Rede in der Ba zmär mit wohltönendem Altstimme singemäß und im Ausdruck vorzüglich zum Vortrag. Herr Görlach hat mit seiner Kapelle sowohl in besonderen Beiträgen als auch in der Begleitung des Chorwerkes seinen Ruf bewährt, während sein Sohn, Herr Fritz Görlach, mit technisch sicherem Können feelenvoll ein Violoncello-Solo vortrug. Zum Schluß sei noch besonders allen Damen gedankt, die in dem reizenden musikalischen Spiel für Frauenstimmen mitgewirkt haben. Die Lehrerin, Frl. Günther die solistisch tätigen Schüler innen, Frl. Lohmeyer, Eder, Winkler sowie der Chor der Schülerinnen, haben vorzüglich gespielt und sich mit Recht einen reichen Beifall erjungen

Kirchenkonzert zugunsten des unter der Teuerung leidenden Diakonissenhauses. Professor Röthig aus Leipzig mit seinem Solo-Quartett für Kirchengesang will unserer Stadt wieder einen Genuß bereiten und seine Kunst in den Dienst des Diakonissenhauses stellen. Das Quartett ist weit bekannt und zieht durch die Welt um geringen Lohn, immer für besondere Aufgaben singend, Herzen zu erfreuen und Not zu lindern. Diesmal will das Künstlerpaar Röthig mit seinen beiden Genossen dem Diakonissenhause, das mit schwerer Not in dieser teuren Zeit kämpft und Hilfe erbittet, um weiter helfen zu können, dienen. Bei der bekannten Liebe, die alle dem Diakonissenhause schulden, und der Weltberühmtheit des Quartetts ist zu erwarten und zu hoffen, daß am Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, der Dom von den Freunden des geistlichen Liedes und den Freunden der evangelischen Diakonie in der Stadt vollständig füllt ist. Eintrittskarten zu 3, 2 und 1 Mk sind im Vorverkauf in der Hofbuchhandlung, bei dem Domküster und bei den Schwestern des Diakonissenhauses erhältlich, ebenso an den Kirchtüren, gleichzeitig Programme über die Liederfolge.

Die „U.-T.-Lichtspiele" Leipziger Straße 88 schreiben uns: „Der rote Henker", ein pieratiges Drama nach Vitto Hugos Roman „Meriem Dolorme" wird heute zum letzten Male gezeigt. Die Hauptrolle spielt Ellen Richter. Sie ist eine entzückende triponelle Courtisane, ihre Mimik übersprühend, besonders zum Schluß rinnt sich ihr Talent durch, da reißt sie mit. In den Verzweiflungszügen ist sie ganz die große aus Innerstem schöpfende Tragödin. Eine außerordentlich prägnante Erscheinung zeichnet Magnus Stifter als Herzog von Richelieu. Das weitere Programm bringt einen lustigen Dreiakter „Kilkemann hat 'n Klaus", in dem sich Arnold Rieck durch seine originelle Komik in Bewegung und Mimik nach Herzenslust austoben kann.

Ein „reidberrlicher" Hochstapler. Der Kaufmann Karl Bruno Schulze, geboren am 3. Oktober 1869 in Halle, ist in Leipzig als Freiherr von Schoenwitz und Ungarsweth aufgetreten und besitzt auf diesen Namen lautende Pässe von der Polizeidirektion in München und Nürnberg. In seiner Begleitung befindet sich die ledige Kontoristin Wolpurga Liliane Katharina Peitz, geboren am 2. September 1898 in Landshut, die er als seine Ehefrau ausgibt. Er will 1900 in Amerika von einem Freiherrn gleichen Namens adoptiert worden sein. Im Jahre 1903 will er in Amerika eine Ehe auf notarieller Vertrag hin mit der Anna Marie Marusinsky, geboren am 3. Juli 1872 in Podein in Ungarn eingegangen sein und mit ihr seit 1911 in verschiedenen Städten Deutschlands von seinem angeblichen großen Vermögen gelebt haben. In Süddeutschland hat er sich als Beauftragter des Reichswirtschaftsamtes ausgegeben. Zurzeit befindet er sich in Leipzig wegen Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung in Haft. Es ist zu vermuten, daß er auch an anderen Orten unter dem hochklingenden Namen Betrügereien verübt hat.

Der Naturw. Verein für Sachsen und Thüringen hält seine nächste Sitzung heute, Donnerstag, den 4. März, abends 8½ Uhr im Ratskeller ab. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Wiegand über „Wolken- und Luftfahrt" (mit Lichtbildern). Gäste sind willkommen.

Provinzial-Nachrichten.

Sennewitz, 2. März. (Wie Namen entstehen.) Vor 350 Jahren, am 3. März 1570, soll es auf dem Capell-Werder unterhalb Glebichenstein (Trotha) Feuer geregnet haben. So schreibt Hendel in seiner Chronik von Glebichenstein. S. 175. Die als „Capellwerder" bezeichnete Saalinsel gehörte nebst dem benachbarten „Kappelberge" in Sennewitzer Flur zu der Paulus kapelle in Halle. In der Knauthschen Flora von Halle aus dem Jahre 1687 wird diese Insel „Tappel werder" und in der Reisfeldschen von 1717 „Tapelwerder" genannt, und heute heißt sie „Tafelwerder", wenn auch ihr Charakter als Insel dadurch verloren gegangen ist, daß man den rechten Saalearm bis zur Mündung des Göttschebbaches zugefüllt hat. Bekanntlich befindet sich auf dem Tafelwerder die neue Kläranlage der Stadt Halle.

Burg, 2. März. (Explosion im Pulvermagazin Burg.) Gestern nachmittag wurde das in der Feldmark Bürgermark stehende Pulvermagazin der Garnison durch eine Explosion zerstört. Drei junge Burschen hatten sich schon mehrere Tage an dem unbewachten Gebäude zu schaffen gemacht, den Blitzableiter, die Dachrinne und die eisernen Beschläge von den Fenstern entfernt. Gestern nachmittag stiegen sie in das Innere des Gebäudes, um dort weiter nach Metall zu suchen. Hierbei sind sie jedenfalls mit einem glimmenden Streichholz den Pulvervorräten zu nahe gekommen. Im Nu stand das ganze Magazin in Flammen, und fortgesetzt — nach mehreren Stunden noch — explodierten die unter den brennenden Trümmern des Fachwerkgebäudes liegenden Geschosse. Von den drei Burschen verbrannte einer vollständig, ein zweiter namens Willi Hagendorf konnte, nachdem er sich seiner brennenden Kleidung im Chausseegraben entledigt, von oben bis unten schwarz gebrannt, mit nacktem, schwer mit Brandwunden bedeckten Körper bis zur nächstgelegenen Mühle, wo ihm von einem Arzt und Mitglied der Sanitätskolonne die erste Hilfe zuteil wurde. Von dem dritten Burschen nimmt man an, daß er sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte.

[] Wernigerode, 29. Febr. (Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.) Die städtischen Behörden beschlossen, die ausgedehnten Militärlazarettbaracken an der Jlsenburger Straße vom Staat zum Ausbau von Notwohnungen anzukaufen. Der Kauf wird eine eine halbe Million Mark erfordern.

Sonneberg, 25. Februar. (Bahnverbindung Neuhaus—Limbach.) Zum Bahnprojekt Neuhaus a. R.—Limbach führt der jetzt erschienene Bericht der Handels- und Gewerbekammer Sonneberg aus: Die bereits vor dem Kriege geplante Verlängerung der Bahnlinie von Neuhaus a. R. über Steinheid nach Limbach erschien der Kammer, abgesehen von dem großen wirtschaftlichen Bedürfnis, geeignet für eine großzügige Notstandsarbeit, durch die einer großen Anzahl Arbeitskräften aus dem ganzen Kreis Erwerb geboten worden wäre. Sie hat deshalb alle Bestrebungen, die auf Verwirklichung des Planes hinzielten, nach Kräften unterstützt. Beider sind aber die Bemühungen bisher an der Finanzfrage gescheitert. Die Bedeutung dieser Bahnlinie für die Erschließung des zum Kreise Sonneberg gehörigen Teiles des Thüringer Waldes ist jedoch sehr groß.

Greiz, 2. März. (Tanz als Mittel zum Zweck.) Die reußische Regierung wird seit einiger Zeit mit Gesuchen überschwemmt, in denen Vereine um die Erlaubnis bitten, bei ihren Tanzveranstaltungen von Fremden Eintrittsgeld erheben zu dürfen. Man will tanzen, um von dem Reinertrag einen Ziegenbock zum Decken anzuschaffen, um Zuchtkaninchen zu kaufen, um die Opfer der Revolution zu unterstützen, um sich Turngeräte oder Noten zulegen zu können, um eine Bücherei zu gründen, um Mittel für ein Schwimmbad zu sammeln oder um die Unkosten einer Festlichkeit zu decken, die anläßlich der Beendigung einer Notstandsarbeit stattfindet, für die Grenzspende und vieles andere mehr. Jetzt will sogar ein Verein tanzen, um von dem Reinertrag eine Gedenktafel für die gefallenen Vereinsmitglieder stiften zu können. „Es geht nicht an, so läßt die Regierung verkünden, durch Tänze Einnahmequellen für alle möglichen Ausgaben zu schaffen; zu tanzen aber, um eine Ehrentafel für die Gefallenen ist eine Geschmacklosigkeit. Die Regierung wird erwägen, ob überhaupt noch die Erlaubnis zur Erhebung von Eintrittsgeld gegeben werden kann."

:: Großtabarz, 2. März. (Brand einer Samenbarre.) In der Freitagnacht entstand bei der Firma J. M. Helms Söhne, Samenhandlung, durch einen Ofen ein Brand. Der Wächter hatte früh abends den neuaufgestellten Ofen in Ordnung gebracht und war darauf nach Hause gegangen. Gegen Mitternacht brach dann das Feuer in der Trocknungsanlage (Klengenhalt) aus, das in kurzer Zeit das ganze Gebäude mit seiner wertvollen Einrichtung und dem besonders hoch im Preise stehenden Samen einäscherte. Der Schaden wird auf ungefähr 250 000 Mark geschätzt. Die Versicherungssumme deckt nur einen kleinen Teil des Schadens. — Es sind auch Hunderttausende von Tannenzapfen in dem Gebäude verbrannt, aus denen der Samen entfernt werden sollte.

Kunst und Wissenschaft.

Die sehr empfehlenswerte bisherige Neue Zeitschrift für Musik, 1834 von Robert Schumann gegründet und seitdem (1906) mit dem Musikalischen Wochenblatt vereinigt, erscheint vom 1. März ab als „Zeitschrift für Musik. Illustrierte Halbmonatsschrift für Konzert, Theater, Hausfrau und Verlag" im Steingräber-Verlag, Leipzig. Die vortreffliche Zeitschrift, von welcher das stattliche erste Märzheft mit reichem Inhalt vorliegt, ist Organ des Leipziger Tonkünstler-Vereins und berufen, Deutschlands Musikleben durch seine fachmännischen, ausgezeichneten Aufsätze andauernd zu heben und zu fördern.

Hochschulnachrichten.

Der Germanist Prof. Dr. Friedrich Panzer in Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für ältere deutsche Sprache und Literatur an der Universität Köln erhalten. — Der durch den Rücktritt des Professors Caratheodory erledigte Lehrstuhl der Mathematik an der Universität Berlin ist dem o. Professor Dr. Gustav Herglotz in Leipzig angeboten worden. Prof. Herglotz ist 1881 zu Mollern (Böhmerwald) in Oesterreich geboren. — Wie wir erfahren, ist der Privatdozent für alttestamentliche Theologie und Lektor der hebräischen Sprache in der theologischen Fakultät der Universität Marburg Lic. theol. Dr. phil. Walter Baumgartner zum außerordentlichen Professor beförderst ernannt worden. — Ernannt wurde der Wiener Privatdozent Dr. phil. et inr. Julius Pokorny zum a. o. Professor an der Universität Berlin; ihm wurde der durch das Ableben des Professors Kuno Meyer erledigte Lehrstuhl für keltische Philologie übertragen. — Der Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte an der Berliner Universität Dr. Friedrich Wolters ist vom 1. April 1920 ab als außerordentlicher Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an die Universität Marburg berufen worden.

Vermischtes.

Eine neutralitische „Errungenschaft". Einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge wurde das englische Handelsschiff „Morgan" in der Gegend von Sungudak von Seeräubern überfallen und ausgeplündert! Man kann allmählich an eine Wiederkehr des Mittelalters denken.

Ein fürstlicher Saphir. In Magok (Birma) ist durch einen Burmanen ein Saphir gefunden worden, der acht engl. Zoll (20 Zentimeter) lang ist und über fünf engl. Pfund wiegt. Sein Wert wird auf 35 000—50 000 Pfund geschätzt, d. i. eine Million Goldmark.

Ein Kinderheim in Schreiberhau. Der Verein für Kinderhorte hat das bei allen Riesengebirgswanderern bekannte Hotel „Zum Reisträger" in Schreiberhau gekauft. In dem Hause soll ein Jugendheim für 150 erholungsbedürftige Kinder eingerichtet werden.

Fahrkarten auch — die Blumenfrau. Der Berliner Berichterstatter gegen das Bestechungsweisen teilt mit: „Eine Berliner Firma brauchte am 26. Feb uar vier Fahrkarten nach Leipzig zur Messe. Am Schalter und bei den Reisebüros war ausverkauft. Nunmehr erhielt ein findiger Angestellter den Auftrag, unter allen Umständen die Karten zu beschaffen. Der Angestellte erste den Anhalter Bahnhof ab und geriet schließlich an die amtliche — Blumenverkäufe in! Bei ihr erhielt er zunächst drei Karten gegen eine „Sondergebühr" von 10 Mark pro Karte. Und siehe, der Frau besorgte die Blumenfrau dann auch die vierte Karte gegen weitere 10 Mark Aufschlag. Sie meinte dabei, das Reisen sei jetzt teuer, und sie müsse auch davon abgehen."

Der Charlottenburger Wicht? Unter dem dringenden Verdacht, an dem Einbruch im Charlottenburger Mausoleum beteiligt zu sein, steht der Schankwirt Hörold aus der Rosinenstraße 7 in Charlottenburg, der vor wenigen Tagen mit fünf anderen Personen bei einem Diebstahl in der Zigarettenfabrik Josetti verhaftet worden war. In seiner Wohnung fanden die Beamten große Vorräte an Diebesgut aller Art. Hörold hatte vor einigen Tagen zu zwei Gästen in seinem Lokal geäußert, daß in dem Mausoleum viel Gold und Silber zu finden sei, und er versuchte sie zu bewegen, mit ihm gemeinsam die Gruft zu erbrechen und auszurauben. Die beiden jungen Leute gingen auf seinen Plan nicht ein. Es besteht der dringende Verdacht, daß Hörold mit Hilfe anderer Per-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200304011/fragment/page=0003

somen den Einbruch ausgeführt hat, die zweifelsfreie Ueberführung gelang indessen noch nicht.

Die amerikanische Schulkinderspeisung. Wegen der durch eine Kommission der amerikanischen Quäker in Angriff genommenen Speisung unterernährter Berliner Kinder hat in den letzten Tagen eine Beratung stattgefunden, an der die Berliner Schulbehörden die Vertreter der Berliner Schulen eingeladen hatten, um über die Durchführungsmöglichkeiten des Hilfswerkes zu beraten. In Betracht kommen Kraftnahrungsmittel, wie Reis, Kakao, kondensierte Milch. Die Speisen sollen an einer Zentralstelle zubereitet und den Verbrauchsstellen zugeführt werden. Die Austeilung wird entweder von den Hauswärten oder den Lehrern der Schule vorgenommen werden. Für jede Mahlzeit ist ein Entgelt von 25 Pfennig zu entrichten. Für die vormittags arbeitenden Schulen soll die Speisenausgabe in der großen Pause erfolgen. Die am Nachmittage zum Unterricht kommenden Schüler erhalten die Speisen um 4 Uhr nach dem Unterricht. Es ist auch gestattet, daß die zur Inteilnahme an der Speisung berechtigten Kinder oder deren Angehörige die Speisen nach Hause holen lassen.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußballsport.

V. f. L. Spielabteilung für Turnspiele.

Die Turnspiele, Faustball, Tamburinspiel, Schlagball und Barlauf für alle Abteilungen werden vom Sonntag, den 7. März, ab norm. 9 Uhr beginnend, wieder aufgenommen. Spielplätze auf dem Sandanger. Anfelderäume für Damen und Herren gesondert sind dortselbst vorhanden. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

V. f. L. (Halle). Sonntag, den 7. März, spielen folgende Mannschaften: V. f. L. Liga-Rel.—Ammendorf 1910 1 3½ Uhr in Ammendorf. Mannschaft: Braun; Thiele—Mederoke; Bartzam — Gebhardt — Schweinefleisch; Jahnke — Voigt — Seering—Meins—Teutloff. — V. f. L. II—Halle 1910 II 3 Uhr auf dem Sportplatz. V. f. L. III—Borussia III 3 Uhr Sportplatz am Zoo (Verbandspiel). V. f. L. IV—Preußen IV Merseburg 1/2 2 Uhr Sportplatz am Zoo (Verbandspiel). V. f. L. IV b—Sportfreunde III 1/2 2 Uhr Sandanger.

Jugend: V. f. L. I—Borussia I 1/2 11 Uhr norm. Sportplatz am Zoo (Verbandspiel). V. f. L. II—Hohens. II Merseburg 1/2 12 Uhr norm. in Merseburg (Verbandsspiel). V. f. L. III—Teutonia I 11 Uhr norm. Brandberge.

Schüler: V. f. L. I—Borussia I 1/10 Uhr Sportplatz am Zoo (Verbandspiel). V. f. L. II—V. f. L. I—Trotha 1/9 Uhr Sportplatz am Zoo. V. f. L. III—Zahn I 5 Uhr nach Sportplatz am Zoo. V. f. L. IV—T. V. Giebichenstein I 10 Uhr norm. Peißnitz.

Briefkasten.

(Ueber Anfragen ist die laufende Abonnementsnummer beizufügen)

X. 108. Unsere Hauslingel versagt schon seit 4 Monaten. Alle Bitten beim Hauswirt sind erfolglos geblieben. Er läßt nichts machen. Gehört die Hauslingel mit zur Wohnung wie die Treppenanfsang, Waschbous usw.? Und ist der Hauswirt verpflichtet, für ihre Instandhaltung zu sorgen? Können evtl. die Mieter die Klingel auf eigne Faust instandsetzen lassen und die Kosten von der fälligen Miete abziehen?

Ja, die Hauslingel gehört ebenso gut zur Wohnung wie das Waschhaus. Folglich muß der Hauswirt auch für ihre Instandhaltung sorgen. Fordern Sie den Herrn „eingeschrieben" oder mit einwandfreien Zeugen nachweis unter Nennung einer angemessenen Frist (etwa 8 Tage unter heutigen Verhältnissen) auf zur Reparatur, widrigenfalls Sie dieselbe Ihrerseits bewirken lassen würden, und ziehen Sie dann Ihre Ausgabe von der Miete ab.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Steuernachsicht bis 15. April.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzuwiderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Vermögens gemäß dem Gesetze über Steuernachsicht abwenden will, wird nach einer Bekanntgabe des Reichsministers der Finanzen aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angaben können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden. Dabei sind Vor- und Zuname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich.

Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.

Neue Zementerhöhung.

Die durch Bekanntmachung des Reichskommissars für Zement vom 4. Februar 1920 festgesetzten Zementpreise werden nach einer Bekanntmachung des Reichskommissars mit Wirkung vom 1. März 1920 ab bis auf weiteres in nachstehend angegebener Weise erhöht; die Preise gelten für 10 000 Kg. Zement ab Werk ohne Verpackung und für die Gebiete sämtlicher Deutschen Zementverbände: A. Für Lieferungen an die Staatsverwaltungen für Staatsbauten: Höchstpreis vom 1. Februar 1920 ab 2330 Mark, neuer Zuschlag 1600 Mark, Höchstpreis vom 1. März 1920 ab 3930 Mk. i. B. Für Lieferungen an alle sonstigen Zementabnehmer: Höchstpreis vom 1. Februar 1920 ab 2300 Mark, neuer Zuschlag 1600 Mark, Höchstpreis vom 1. März 1920 ab 3900 Mk.

In Zukunft eintretende Kohlenpreiserhöhungen bedingen eine weitere Erhöhung der Zementhöchstpreise derart, daß jede Kohlenpreiserhöhung für 10 000 Kilogramm Kohle mit 65 v. H. in Anrechnung zu bringen und den Zementpreisen zuzuschlagen ist; hierbei sind die vom Reichswirtschaftsministerium für das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat für Steinkohle festgesetzten Höchstpreise (einschl. Kohlen- und Umsatzsteuer) zugrunde zu legen. Es wird bemerkt: Die Zementverbände setzen für ihre Privat- und Gali in den einzelnen Verkaufsstellen Stations-Frankopreise fest, die nach den tatsächlichen oder den Durchschnittsfrachten berechnet sind. Von der Reichsstelle für Zement werden diese Stations-Frankopreisberechnungen vor ihrem Inkrafttreten auf die Zulässigkeit der angewandten Berechnungsart geprüft.

Leipzig'ger Hypothekenbank in Leipzig.

Das Institut erzielte im Geschäftsjahr Einnahmen aus Zinsgutschriften von 9 702 498 (9 686 132) Mk. Anderseits erforderten Zinsen für Pfandbriefe 7 708 765 (7 639 266) Mk. Handlungsunkosten 754 722 (413 838) Mk. Einschließlich Vortrag aus dem Vorjahre ergibt sich ein Ueberschuß von 1 571 927 (1 721 655) Mk. nach Absetzung von 209 422 Mk. für Kursverluste auf Wertpapiere. Hieraus soll wieder, wie im Vorjahr, eine Dividende von 8 Proz. verteilt und 186 478 (194 708) Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im Rechenschaftsbericht der Verwaltung heißt es u. a.:

Die Unsicherheit der politischen Verhältnisse hat das Kapital mehr als sonst veranlaßt, sich der Anlage im Grundbesitz zuzuwenden. Besonders in bebauten Grundstücken ist der Umsatz im Berichtsjahre außerordentlich hoch gewesen. Wegen der durch die Kohlennot verursachten Knappheit an Vorlasten konnte leider die Bautätigkeit einen wesentlichen Aufschwung nicht nehmen. Der Mangel an neu entstandenen Beleihungsobjekten sei bei der geringen Bautätigkeit nicht ohne nachteiligen Einfluß auf das Hypothekengeschäft geblieben. Das Institut konnte zwar nahezu 5½ Mill. Mark neu ausleihen, zurückgeflossen sind dagegen etwas über 6 Mill. Mark. Um so günstiger war der Eingang des Hypothekenzinsen. Der Zinsenrückstand betrug am Jahresabschluß nur 0,53 Proz. gegen 0,96 Proz. im Vorjahre. Die Verordnung gegen die Kapitalflucht mit ihrem Zwange zur Hinterlegung habe im November und Dezember Umwengen von Wertpapieren auf den Markt gebracht. Das Institut hat von seinen Pfandbriefen nach Abzug der wiederbegebenen Stücke 1 661 050 Mark aufgenommen und am 31. Dezember vom Umlauf abgesetzt. Der weitere Rückgang der Kurse der in unserem Besitz befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen im Berichtsjahre hat einen Verlust von rund 720 000 Mark verursacht. Nach der Jahresschlußrechnung erscheinen unter Aktiven: Hypothekenforderungen mit 201 113 256 (201 786 760) Mark, Guthaben bei Banken und Darlehen gegen Sicherheit mit 9 013 266 (7 944 995) Mark, Wertpapiere mit 3 430 411 (4 380 638) Mark. Unter Verpflichtungen sind erwähnenswert: Gläubiger mit 843 489 (854 781) Mk., sowie umlaufende Pfandbriefe mit 194 308 150 (196 168 500) Mk.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 3. März. An der Börse breitete sich die Meigerung zu Realisierungen weiter aus. Angeblich hat hierzu der Eindruck der in Wien sich vollziehenden Abschwächung beigetragen. Im allgemeinen gewannen jedoch die Kursrückgänge keinen größeren Umfang. Am stärksten litten einzelne in letzter Zeit besonders bevorzugte Werte des Kolonial- und Montanmarktes. Otavi verloren mehr als 70, Bochumer Gußstahl über 20, Phönix 11 und Laurahütte 26 Prozent. Andererseits sind aber auch Kurserhöhungen zu verzeichnen, so bei Deutschen Waffenaktien, die 25 Prozent, und Deutsch-Ueberseeaktien, die 90 Prozent gewannen. Von Schiffahrtsaktien besserten sich Argo um 20, Hansa um 35 und Norddeutscher Lloyd um 3 Prozent. Ueberhaupt gewann im Verlaufe die Haltung bei ruhigem Verkehr einen festeren Anschein. Gute Erholung zeigten Phönixaktien, die noch 13 Prozent über den vorherigen Kurs hinaufstiegen. Am Anlagemarkt heben sich für die deutschen Werte die Kurse zum Teil etwas. Mexikaner gaben teilweise nach. Oesterreichische und ungarische Werte schwächten sich im Kurse ab. Gegen Schluß machte die Befestigung an der Börse Fortschritte. Namentlich für Petroleumaktien zeigte sich größeres Interesse. Bismarckhütte gewannen unter Schwankungen 30 Prozent. Auch Phönixaktien stiegen weiter an.

Devisenkurse.

Berlin, 3. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3673 50	3681,50	3673,50	3681,50
Brüssel-Antwerpen	730,25	731,75	729,25	730,75
Christiania	1690,75	1694,25	1690,75	1694,25
Kopenhagen	1498 50	1501,5	1586,50	1589,00
Stockholm	1864,00	1868,00	1858,00	1862,00
Helsingfors	—	—	429,6	430,40
Italien	537,00	538,00	542,00	543,00
London	343,65	344,35	339,15	339,85
New York	99,64	99,85	99,90	100,10
Paris	703,8	705,20	700,8	702,20
Schweiz	1621,25	1624 75	1630,25	1630,75
Spanien	1723,25	1726,75	1723,25	1726,75
Wien (alles)	40,74	41,26	41,21	41,29
(Deutsch-Oest. abgest.	39 46	39,54	39 46	39,54
Prag	99,77½	99,97½	100,40	100,60
Budapest	35,71	35,79	35,71	35,79
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 3. März. Am Hafermarkt standen vermehrter Kauflust nur Angebote zu erhöhten Forderungen gegenüber, namentlich für Abladungen in der zweiten Hälfte des Monats. Für Hülsenfrüchte machte sich nur wenig Kauflust bemerkbar. Interesse zeigte sich für ganz schnell umsetzende Waggons. Lupinen behaupteten ihre feste Haltung. Serradella litt unter Angebot. In Raubfutter gestaltete sich das Geschäft ruhiger.

Berlin, 3. März. Amtliche Notizen. Weizen für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Spreicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestationen 4700 bis 4760. Tendenz fest.

♣ **Hallesche Kaliwerke Akt.-Ges.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 22. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent (im Vorjahr 6 Proz.) vorzuschlagen.

David Söhne Akt. Ges. (Schokoladenfabrik) in Halle. Bei einem Aktienkapital von 1,65 Mill. Mark wurde laut Rechnungsabschluß für 1919 ein Fabrikationsgewinn von 2,35 (0,68) Mill. Mark erzielt. Zinsen erbrachten 21 600 (48 300) Mark und Wertpapierzinsen 26 800 (17 800) Mark. Generalunkosten erforderten 1,76 (0,48) Mill. Mark. Auf Wertpapiere, die noch mit 22 000 (397 000) Mark in der Bilanz stehen, sind diesmal 78 800 Mark Kursverluste abgeschrieben wo den. Der Reingewinn einschl. Vortrag beläuft sich auf 635 400 (286 500) Mark. Nach der Bilanz standen bei Debitoren 1,41 (1,13) Mill. Mark aus, darunter 457 300 Mark Warenbanken. Vorräte sind auf 4,3 (0,19) Mill. Mark gestiegen. Kreditoren haben 3,4 Mill (23 000) Mark zu fordern; daneben erscheint neu eine Akzeptschuld von 713 600 Mark. Die Hypothekenschuld (310 000 Mark) ist aus der Bilanz verschwunden.

Die Leipziger Hypothekenbank erzielte im Geschäftsjahr 1919 Zinserträgnisse von 9 702 497 (i. V. 9 686 132) Mk. Pfandbriefzinsen erforderten 7 708 765 (7 639 266) Mark. Als zweifelhafter Ueberschuß verbleiben 1 571 926 (1 721 555) Mark, woraus, wie schon gemeldet, wieder 8 Prozent Dividende ausgeschüttet werden sollen. In der Bilanz haben sich die Hypothekenforderungen von 201 786 670 Mark auf 201 113 256 Mark ermäßigt. Der Pfandbriefumlauf ist von 196 168 500 auf 194 308 150 Mark zurückgegangen.

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 1918/19 mit einem erheblichen Verlust ab (i. V. 2 453 018 Mk. Gewinn). Im laufenden Jahre bestehen die verlustbringenden Zustände weiter.

Die bayerischen Zündholzfabriken in Augsburg haben im verflossenen Geschäftsjahre 268 268 Mark Reingewinn (i. V. 401 100 Mark) erzielt und verteilen wieder 10 Prozent Dividende auf das erhöhte Kapital. Im Vorjahre wurden 250 000 Mark aus dem Reingewinn zu Rücklagen für die Friedenswirtschaft und für Arbeiter- und Angestelltenunterstützung verwendet, diesmal nur 65 000 Mark zu Steuerrücklagen und 53 000 (i. V. 21 000) Mark vorgetragen.

Mitteldeutsche Kraftwerke A.-G. in Berlin. Unter dieser Firma wurde mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Mark eine Gesellschaft gegründet, deren Kapital zu gleichen Teilen das Reich, die Elektro-Werke A.-G., die Vereinigten Aluminiumwerke, die Gesellschaft für Kraftübertragung und die Reichskredit- und Kontrollstelle G. m. b. H. übernehmen. Zweck des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb von elektrischen Starkstromanlagen in Mitteldeutschland sowie auch die Beteiligung an anderen Gesellschaften.

Zusammenschluß im deutschen Röhrenhandel. Es sind seitens der Röhren-Großhändler Bestrebungen im Gange, um einen ganz Deutschland umfassenden Verband zu gründen, mit dem besonderen Zweck, gegen etwaige behördliche Eingriffe in die Preispolitik Front zu machen. Es wird schon in der nächsten Zeit an jeden Röhrengroßhändler die Aufforderung zum Beitritt ergehen.

Der Lugauer Steinkohlenbauverein beantragt aus 85 800 (i. V. 156 020) Mark Reingewinn eine Dividende von 10 (35) Mark für die Stammaktien und von 25 (40) Mark für die Prioritätsaktien.

Aelteste Vollstedter Porzellanfabrik. Einem Aktionär wird aus der Verwaltung nahestehenden Kreisen geschrieben, daß die Gesellschaft jetzt fast beschäftigt und auch mit Rohmaterialien zur Genüge versehen ist. Der Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung verstand die Gesellschaft dadurch Herr zu werden, daß sie ihren Betrieb reichlich mit Holzsenerung umstellte. Das letztere Brennmaterial steht ihr in genügender Menge zur Verfügung. Der Abschluß ist nach nicht fertiggestellt, doch dürfte aller Voraussicht nach mit einer höheren Dividende als im verflossenen Jahre zu rechnen sein.

Neue Aktiengesellschaft in der Versicherungsindustrie. Wie die „Frkft. Ztg." hört, wird die Frankfurter Assekuranzfirma C. und F. Frankel in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Neben der Uebernahme der Geschäfte der Firma C. u. F. Frankel beabsichtigt die neue Aktiengesellschaft den Betrieb der Transport- und Rückversicherung, und zwar in Verbindung mit der dem gleichen Konzern angehörigen Süddeutschen Transportversicherungs-A.-G.

Erhöhte Kleie-Preise. Der Reichswirtschaftsminister hat durch Bekanntmachung vom 28. Februar 1920 in Abänderung der Preisbestimmung der Kleie-Verordnung den Abgabe-Preis für kg.-Kleie von 290 Mk. auf 355 Mk. für die Tonne erhöht. Gleichzeitig wird der Preis für die bei der Kleie-Lieferung verwendeten Papiergewebesäcke auf höchstens 7 Mk., für die mindestens dreifach gefütterten Papiersäcke auf höchstens 4 Mk. für 100 Kg. festgesetzt. Die Erhöhungen erklären sich daraus, daß die Eisenbahnfracht eine mit Wirkung vom 1. März 1920 um das Doppelte erhöht sind, und daß die allgemeinen Kosten für die Erfassung und Verteilung der Kleie (Lagerung und pfleglichere Behandlung der Ware, Spedition u. a. mehr) außerordentlich gestiegen sind.

Berliner Börse

vom 3. März 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:			
4½ Disch. Schatzsch VI—IX	75,10	Chem Griesheim	400 00
5½ Disch. Reichsanl.	79,00	Chem. Heyden	469,50
4% „ „	70,00	Con-oldation Schalk	520,00
3½% „ „	64,90	Cröllwitzer Papierfbk	380,00
3% „ „	73,75	Daimler Motoren	—
4% Preuß. Konsols	63,00	Deutsche Luxemburg	392,00
3½% „ „	59,00	Deutsche Uebersee Elektr.	1231,00
3% „ „	—	Deutsche Gasglühl.	9 7,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—	Deutsche Kali	5 60,00
6% Magdb. Stadtanl. 91/00	—	Deutsche Waffen und Mun.	529,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl	—	Donnersmarckhütte	430,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	—	Döring & Lehrmann	192,00
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	—	Dürrkoppwerk	—
4% Dess. Gas Oblig	—	Engelhardt-Brauerei	260,50
4% Dessauer Gas Obl	—	Elberfelder Farben	487,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guillaume	—
4% Oesterr. Kronenrente	37,25	Gasmotoren Deutz	396,00
4% Unger. Goldrente	77,00	Gebhard & Co.	500,00
4% Unger. Kronenrente	44,90	Gebhard & König	—
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	410,00
Halberst.-Blankenb.	105,00	Gleuziger Zuckerfb	530,00
Halle-Hettstedter	110,50	Hallesche Maschfbk.	—
Schantungbahn	692,00	Hann Masch.	525,00
Allg. Lokal-u.	168,00	Harpener Berg	441,50
Gr. Berl. Str.	145,50	Hasper Eisen	419,50
Magdeburger Str.-B.	—	Hirsch Kupfer	—
Prinz-Heinrich-B.	80,00	Höchster Farbwerke	440,00
Orientbahn	389,50	Hoesch Eisen u. Stahl	449,50
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	279,50
Hambg. Paketfahrt	123,00	Humboldt Masch.	238,00
Hambg. Südamerika	295,00	Ilse Bergbau	610,00
Hansa-Dampfschiff.	293,00	Kahle Porzellan	—
Nordd. Lloyd	180,00	Kaliw. Aschersleben	490,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt.	—
Bank f. Thür	160,00	Kyffhäuserhütte	250,00
Berl. Handelsges.	231,00	Lahmeyer & Co.	28 ,00
Commerz-Diskontobank	123,75	Lauchhammer	395,00
Darmstädter Bank	149,00	Laurahütte	350,00
Dessauische Landesbank	—	Linke & Hofmann	570,00
Deutsche Bank	312,00	Ludwig Loewe & Co	440,00
Diskonto-Comm.	238,00	Lothringer Hütte	380,00
Dresdner Bank	191,75	Magdeburger Masch	450,00
Leipzig. Credit-Anst.	182,50	Mannesmannröhren	—
Mitteld. Kreditbank	155,00	Masch.-Fabr. Buckau	—
Mitteld. Privatbank	170,00	Oberschl. Eisenbd	278,75
Nationalbank	169,50	do Caro Hag.	295,00
Oesterr. Kredit	132,50	do Hukswerke	—
Reichsbank	161,75	Orenstein & Koppel	390,00
Industrie-Aktien:		Phönix Berg	610,00
Schultheiss-Brauerei	315,00	Rhein Metall-Vorz.	—
Akt. f. Anilin	411,00	Rhein. Stahlwerken	440,00
Allgem. Elektr. Ges.	460,00	Riebeck. Montan	425,00
Ammendorfer Papierfabrik	—	Rombacher Hütten	—
Anhalter Kohlenw.	375,00	Rositzer Braunk.	424,00
Annaberger Steingut	382,00	Rositzer Zucker	280,00
Badische Anilin	599,75	Sangerhäuser Masch	—
Bergmann Elekt. Akt.	310,00	Hugo Schneider A.-G.	400,00
Berl. Masch.-Bau	482,00	Schuckert & Co.	261,00
Bismarckhütte	480,00	Siemens & Halske	—
Bochumer Gußstahl	425,00	Stett. ner Cham.	238,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Stettiner Vulkan	339,75
		Stollberger Zinkh.	399,75
		Strels. Spielkarten	599,0
		Thale-Eisenhütte	342,75
		Triptis Porzellan	320,00
		Türk Tabakregie	16. 6,00
		Ver. Köln-Rottweiler	485,00
		Ver Glanzstoff	148,00
		Wegelin & Hübner	280,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	725,00
		Wittener Gußstahl	760,00
		Wrede Mälzerei	—
		Zeitzer Masch.	538, 0
		Zellstoff Waldhof	334,0
		Otavi-Minen	122,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 3. März 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	320,00
Leipziger Mf. Idlebrik. Schkeuditz	139,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann Halle	24 ,00
Mansfelder Gewerkschaft	1525,00
Portland, Zement fabrik Halle	199,00
Prehlitzer Braunkohlen	—
Priorit.	—
	—

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Bendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200304011/fragment/page=0004